



# Sudetendeutsche Zeitung

Die Zeitung der Sudetendeutschen  
Landsmannschaft

Jahrgang 63 | Folge 13 | 2,20 EUR · 60 CZK | München, 1. April 2011

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt  
Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft mbH · Hochstraße 8 · D-81669 München · eMail [zeitung@sudeten.de](mailto:zeitung@sudeten.de) **B 6543**

> In München tagte die Sudetendeutsche Bundesversammlung

## Mit Zuversicht in die Zukunft

Das Sudetendeutsche Haus in München bot den würdigen Rahmen für die 4. Sitzung der XIV. Sudetendeutschen Bundesversammlung, des höchsten Beschlussorgans der Landsmannschaft. Im zurückliegenden Jahr hat sich heimat- und verbandspolitisch viel ereignet, das meiste davon positiv. Die Verantwortungsträger – allen voran Volksgruppensprecher Bernd Posselt und der Bundesvorsitzende Franz Pany – blickten darauf zurück und gaben notwendige Erläuterungen.

David Vondráčeks Dokumentation „Töten auf tschechische Art“ etwa und seine Ehrung mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis des BdV, der Spielfilm „Habermann“, seine Wahrnehmung in der Tschechischen Republik und in Deutschland und seine Auszeichnung mit zwei Bayerischen Filmpreisen, der Burgfriede um die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin, die den Beginn der inhaltlichen Arbeit ermöglicht hat, die Einweihung des neuen Gräberfeldes in Eger, die Gedenktafel in Postelberg, die Besuche Ludwig Spaenle/Bernd Posselt und Horst Seehofer/Bernd Posselt in der Tschechischen Republik, aber auch die Entdeckung immer weiterer Massengräber, in denen massakrierte Sudetendeutsche verscharrt wurden – nicht alles konnte in zwei Tagen detailliert erörtert werden. Deshalb bildeten sich zwei Schwerpunkte: Ablauf und Folgewirkungen der Reise des Schirmherrn und Nachwuchsgegnung für Landsmannschaft und Heimatgliederung. Daneben die unerlässlichen „Regularien“, die heuer ohne größere Debatten zügig abgewickelt werden konnten.

Zu dieser „Normalität“ hätten die Vorarbeiten der XIII. Wahlperiode – neue Geschäfts- und Fi-



nanzordnung – und die solide Arbeit des Bundesvorstandes beigetragen, der es verstanden habe, trotz weiter zurückgehenden Personalbestandes die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle auf dem laufenden zu halten, betonte eingangs Präsident Werner Nowak. „Heimatpolitisch ist diese Wahlperiode von einer sichtbaren Entwicklung in unserer Heimat zum Positiven gekennzeichnet. Bei al-



Als neue Mitglieder der Bundesversammlung wurden Dr. Helge Schwab (links) als Nachrücker für Alfred Bäcker und Dr. Wolf-Dieter Hamperl (rechts) als Nachrücker für Oskar Böse angelobt. In der Mitte Präsident Dr. Werner Nowak. Iris Wild, die für Sebastian Roloff nachgerückt ist, konnte nicht teilnehmen.

Bilder: Herbert Fischer

ler gebotenen Geduld: Es ist ein sichtbarer Erfolg.“ Ein Teil dieses Erfolges komme auch dieser XIV. Bundesversammlung zu, weil, so Nowak, „wir dem Sprecher und dem Bundesvorsitzenden den Rücken freigehalten haben.“ Demgegenüber hätten die Bundesregierungen durch „Appeasement-Politik die Täter von 1945 fast entschuldigt“.

Die Bundesversammlung beauftragte denn auch den Bundesvorstand, die internationale Anerkennung des Völkermordes an den Sudetendeutschen voranzutreiben. Eine solche sei „auch der Schlüssel zur Rehabilitierung und Entdiskriminierung der Volksgruppe“ und öffne „den Weg zu einer politischen, rechtlichen und moralischen Ausöhnung mit dem tschechischen Volk“, heißt es in dem

bei vier Enthaltungen gefaßten Beschluß.

Daß es für die Volksgruppe von großem Vorteil ist, einen aktiven Politiker an ihrer Spitze zu haben, wurde aus einer Reihe von Schilderungen deutlich, mit denen Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen und Europaabgeordneter, auf Begebenheiten und Entwicklungen der zurückliegenden zwölf Monate einging. Seine politischen Erfahrungen in bezug auf und seine vielfältigen Kontakte in die Tschechische Republik machte sich auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer für seine erste Prag-Reise zunutze (→Seite 3).

Zu der Frage, ob der Sudetendeutsche Tag, das große Volksgruppentreffen zu Pfingsten, nicht auch wieder in Nürnberg stattfinden könne, erklärte Posselt: „Ich kämpfe mit großer Vehemenz dafür. Nottfalls müssen alle ein paar Euro drauflegen.“ In diesem Jahr stehe wegen umfangreicher Baumaßnahmen auf dem Nürnberger Messegelände die Frankenhalle nicht zur Verfügung, weshalb man sich noch einmal in Augsburg angemeldet habe.

Franz Pany (→Seite 4), der seit einigen Wochen auch dem Vorstand der Sudetendeutschen Stiftung vorsitzt, legte dar, wie es mit dem geplanten Sudetendeutschen Museum vorange-

he. Mit Wilfried Rogasch sei ein kompetenter Gründungsbeauftragter bestellt worden. Als neue Heimatpflegerin habe man Zuzana Finger gewonnen – „aber nicht als Trostpries, sondern als Hauptgewinn mit großem Sach- und Fachverstand“. Bundesgeschäftsführer Günther Pfrogner scheidet zum Quartalsende aus. In Sachen Egerer Stadtwald habe die Landsmannschaft ihre Rechtsposition auch im Bundesinnenministerium verankern können, das namens der Bundesregierung den Instanzenweg eingeschlagen habe.

Bundesfinanzreferent Peter Küffner legte die Jahresrechnung 2010 dar und stellte den Haushalt für 2011 vor. Die Bundesgeschäftsstelle habe auf eine innovative, übersichtlichere Art der Rechnungslegung umgestellt. Das Einvernehmen damit und die Zustimmung zu beiden Zahlenwerken erklärten und erläuterten der Finanzausschuß und die Rechnungsprüfer. Auf ihren Antrag nahm die Bundesversammlung Jahresrechnung und Haushalt einstimmig an.

Aus der Tschechischen Republik angereist waren die Vorsitzende des Kulturverbandes der Deutschen, Irene Novak, der Vizepräsident der Landesversammlung der Deutschen, Richard Neugebauer, und der Leiter des Sudetendeutschen Museum vorange-

Bitte umblättern

> Traurige Bilanz 2010

## 27,5 Millionen vertrieben

Von wegen „nie wieder“: Weltweit werden immer mehr Menschen innerhalb ihres eigenen Landes durch Konflikte oder Gewaltanwendung vertrieben. Gemäß einer norwegischen Studie waren es im vergangenen Jahr 27,5 Millionen. Dies ist die höchste Zahl seit einem Jahrzehnt.

Fast drei Millionen Menschen in 20 Staaten seien 2010 hinzugekommen, 1,2 Millionen davon in Afrika, heißt es in dem Bericht, den der Norwegische Flüchtlingsrat in der vergangenen Woche in New York vorstellte. Besonders betroffen seien Kolumbien, Sudan, Irak, Kongo, Somalia und Pakistan.

In Mexiko sei die Zahl zuletzt wegen der Drogenkriminalität gestiegen, teilte die Generalsekretärin des Flüchtlingsrats, Elisabeth Rasmussen, mit. Die Zahlen dort seien sogar höher als im selben Zeitraum in Afghanistan. Im Nahen Osten habe sich die Zahl im vergangenen Jahrzehnt auf knapp vier Millionen fast verdreifacht.

Während die Zahl der Binnenvertriebenen von 17 Millionen 1997 auf 27,5 Millionen im vergangenen Jahr gestiegen sei, habe die Zahl der offiziell anerkannten Flüchtlinge im selben Zeitraum zwischen 13 Millionen und 16 Millionen geschwankt.

Die UNO-Sondergesandte für Kinder in bewaffneten Konflikten, Radhika Coomaraswamy, sagte, 12,2 Millionen der 2010 Vertriebenen seien Kinder.

Flüchtlinge, die über eine internationale Grenze fliehen, können sich seit 1951 auf die in jenem Jahr verabschiedete Genfer Flüchtlingskonvention berufen. Für Vertriebene innerhalb eines Staates gibt es keinerlei internationales Regelwerk. Die zwangsumgesiedelten Rußlanddeutschen wurden erst nach viereinhalb Jahrzehnten rehabilitiert – unter Staats- und KP-Chef Michail Gorbatschow.

> Landschaftszerstörung für Stromexport – immer wieder Streit um die Begrenzung des Braunkohle-Tagebaus im nordwestlichen Sudetenland

## Großbagger nach Oberleutensdorf?

Hunderte von Dörfern mußten in der kommunistischen Ära dem rücksichtslosen Braunkohlenabbau in Nordwestböhmen weichen. Das bekannteste Beispiel ist die alte Königsstadt Brüx. Die einst blühenden Kulturlandschaften des Sudetenlandes wurden vielerorts zur grauerregenden Mondlandschaft. Mensch und Natur wurden vertrieben, riesige Krater blieben als Memento übrig.

Um Natur und Landschaft zu schützen, wurde 1991 das Gebiet des Kohleabbaus in dem Braunkohlebecken in Nordwestböhmen begrenzt. Dem Kohleabbau sollten keine menschlichen

Siedlungen mehr zum Opfer fallen, und man wollte sich nach anderen Energiequellen umsehen.

Auch das Regierungsprogramm der gegenwärtigen Dreierkoalition aus der nationalliberalen ODS, der ultraliberalen TOP 09 und der deklaratorisch auf direkte Demokratie pochenden Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (VV) betont den Wert des natürlichen Charakters der Landschaft: Gemäß den Prinzipien der Europäischen Landschaftskonvention wolle man „Schutz, Verwaltung und Planung der Landschaft unterstützen“ und eine Strategie des Landschaftsschutzes aufgrund dieser Konvention erarbeiten.

So schien eine Aufhebung der Gebietsbegrenzung der Kohleförderung im Nordwesten Böhmens so gut wie ausgeschlossen, andernfalls wären vor allem das Städtchen Obergeorghthal im Kreis Brüx sowie die Gemeinde Tschernowitz im Kreis Komotau, die mittlerweile zum Symbol des Widerstands gegen die Kohlelobby geworden sind, den riesigen Braunkohlebaggern ausgeliefert.

Während TOP 09 und vor allem die VV die Gebietsbeschränkungen beibehalten wollen, ist die Position der einstigen Klausurpartei ODS eher zwielichtig. „Der Kohleabbau jenseits der Gebietsgrenzen in Nordböhmen ist nur

nach einer Auseinandersetzung mit allen eigentumsrechtlichen Verhältnissen im gegebenen Gebiet und der Erfüllung aller weiteren gesetzlichen Bedingungen eventuell möglich“, liest man im Parteiprogramm der ODS, die nach eigener Darstellung „gewaltsame Eingriffe in die Rechte der Bürger“ ablehnt, sei es mittels Staatsmacht oder mit „scheinbar demokratisch gerierenden Referenden“.

Getreu diesen Programmthesen legte nun Industrieminister Martin Kocourek (ODS) der Regierung einen Entwurf zur Aktualisierung des staatlichen Energiekonzepts vor, den sie binnen fünf Tagen billigen soll: Demnach soll

der Staat aufhören, die Gemeinden und die Natur jenseits der Fördergrenzen zu schützen. Ab Januar 2015 soll eine Aufhebung dieser Grenzen lediglich vom Konsens zwischen den Eigentümern der Grundstücke und Häuser, unter denen die Kohle liegt, und den Kohleabbauunternehmen abhängen. „Die Förderung wird nur aufgrund einer klaren und freiwilligen Vereinbarung zwischen den Eigentümern und den Fördergesellschaften möglich, was die Gültigkeit der ökologischen Grenzen aufhebt“, erklärte der Minister gegenüber der Presse.

Dies erinnert an die Aussage eines von Kocoureks Vorgän-

gern im Amt, des Sozialdemokraten Milan Urban, nach dessen Ansicht die ökologischen Grenzen von 1991 das Überbleibsel einer posttotalitären Zeit seien, als noch keine grundlegenden demokratischen Prinzipien existiert hätten. Das ehemalige KP-Mitglied Urban (ČSSD) ist als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Abgeordnetenhauses ein Mitglied der Arbeitsgruppe Heizkraftversorgung, deren Vorsitzender der amtierende Industrieminister ist. Nach Ansicht dieser Arbeitsgruppe droht den großen Fernheizkraftwerken in Nordböhmen, von denen rund 1,5 Millionen Haushalte abhängig seien.

Bitte umblättern